



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

05.03.08

PRESSEMITTEILUNG

Übertragung von EDG-Anteilen an DSW 21: Tafelsilber wird umgeräumt

„Wenn wir Anteile der EDG an die Stadtwerke übertragen, ist das kein Verkauf von Tafelsilber, sondern nur eine Vermögensübertragung innerhalb des Konzerns Stadt. Das ist so, als würde man sein Tafelsilber von der einen in die andere Schublade umräumen.“ Mit diesen Worten erläutert SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst Prüsse die Zustimmung seiner Fraktion zur geplanten Finanztransaktion.

„Es handelt sich hier um einen völlig harmlosen Vorgang, der auch durch Kassandrarufer anderer Fraktionen nicht zum Problem wird. Wenn die CDU/FDP-Landesregierung den Kommunen in den letzten Jahren nicht ständig in die Tasche gegriffen hätte, gäbe es jetzt keinen Ärger mit der Haushaltsgenehmigung durch den CDU-Regierungspräsidenten, und wir könnten uns das ganze Manöver sparen. So aber zwingen uns CDU und FDP zu dieser Maßnahme, die keinen einzigen Bürger belasten wird. Wenn wir sie aber nicht durchführen, droht uns eine dauerhafte haushaltslose Zeit – und das wird dann jeder Bürger zu spüren bekommen,“ so Ernst Prüsse in Anspielung auf die Tatsache, dass zahlreiche Straßen- und Schulsanierungsmaßnahmen nicht begonnen und Zuschüsse an Vereinen und Verbände nicht gezahlt werden dürfen, wenn der Haushalt nicht veröffentlicht ist.

Der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Mario Krüger, stellt ergänzend fest: „Zum einen handelt es sich um einen Vorratsbeschluss, der nicht in die Tat umgesetzt werden muss, wenn eine Stabilisierung des Haushaltes ohne den Verkauf von EDG-Anteilen gelingt. Uns geht es jedenfalls in erster Line um die vielen sozialen Projekte, die wir unter anderem im Haushaltsbegleitantrag beschlossen haben und die aus den Einsparungen bei der Bewirtschaftung des Haushalts finanziert werden sollen. Wie wichtig die beschleunigte Realisierung und Finanzierung von Maßnahmen ist, macht der Bericht zur sozialen Lage deutlich. Aktuell zeigt sich das auch an den Diskussionen über zunehmende Fallzahlen im Bereich der erzieherischen Hilfen und der daraus resultierenden Notwendigkeit von Umstrukturierungsprozessen in diesem Bereich. Da ist die Verwaltung zur Zeit ohne Haushalt so gut wie handlungsunfähig. Von daher tragen wir die im Vergleich zu drohenden Restriktionen unschädlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen mit, wenn sie dazu beitragen, dass der Regierungspräsident die Blockade des Haushalts endlich beendet.“